

Redlin, Lisa

Betreff:

WG: Ratsvorlage 2016/256 Flächennutzung Windenergie

Von: Manfred Korte [REDACTED]

Gesendet: Freitag, 9. September 2016 10:01

An: Stadtverwaltung

Betreff: WG: Ratsvorlage 2016/256 Flächennutzung Windenergie

Zur Protokollführung OR Bordenau 8.9.2016

Guten Morgen!

Ich wollte die folgende Stellungnahme gestern zu Protokoll geben, hatte aber vergessen, sie mitzunehmen. Stattdessen habe ich eine mündliche Erklärung abgegeben. Zur Erleichterung der Protokoll-Erstellung hier die Mail an den Ortsrat.

Freundliche Grüße, Manfred Korte

Von: Manfred Korte [REDACTED]

Gesendet: Dienstag, 6. September 2016 11:53

An: [REDACTED]

Betreff: Ratsvorlage 2016/256 Flächennutzung Windenergie

Guten Morgen!

Zunächst die Frage: Warum so eilig? Es wird in der Vorlage erwähnt, dass ein Einspruch von Seiten des Naturschutzes zu erwarten sei, mit Erfolgsaussicht! Ein Leserbrief in der LZ von heute morgen gibt die Richtung vor, wenn dort auch wohl Eigeninteressen eine Rolle spielen. Der Vogelschutz steht zur Debatte.

Nun die Antwort:

Für 2017 hat Herr Gabriel die Preiskonditionen für Windstrom radikal geändert. Windstrom muss dann im Wettbewerb angeboten werden. Wenn das auch überfällig und sachlich geboten ist: Warum erst jetzt? Weil 2017 gewählt wird.

Windstromanlagen, die noch dieses Jahr genehmigt werden, fallen jedoch noch unter das EEG.

Marktwirtschaftlich ist der Zubau von Windstrom-Kapazität aber eine Farce, denn es wird insgesamt schon viel zu viel Strom produziert, zusammen mit dem Braunkohlestrom aus Garzweiler und der Lausitz, der auch von Herrn Gabriel zusammen mit Frau Kraft verantwortet wird und weit über die „Grundlast“ hinausgeht. (Umwelt-CO²-Ziele spielen da keine Rolle.)

Das alles hat zur Folge, dass Windanlage abgeschaltet werden und dennoch ihre Vergütung nach bereitstehender Kapazität erhalten. Und wenn das alles noch zu viel ist, wird die Überproduktion an Nachbarländer verschenkt. Bezahlt wird dieser Irrsinn vom Kleingewerbe und Otto Normalverbraucher, denn produzierender Mittelstand und Industrie haben sich längst aus der EEG-Umlage herausverhandelt.

Die EEG-Umlage steigt nächstes Jahr um weitere 3% und beträgt dann 6,354 ct pro kWh = ca. 20% des Strompreises. Das kostet die schutzlosen Bürger 22,9 Milliarden € pro Jahr.

Ich werden diese Vorlage 2016/256 ablehnen und gebe diese Empfehlung weiter. Neustadt, sagt Herr Sternbeck, deckt theoretisch seine Stromverbrauch mit E-Energie. Also sind wir gar nicht am Zuge.

Freundliche Grüße, Manfred Korte